

Perspektivlose Rotstiftpolitik und Alternativen der LINKEN – in Berlin, Hamburg und Altona

von Bernhard Müller und Volker Vödisch

Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat das größte Sparpaket in der Geschichte der Bundesrepublik auf den Weg gebracht. Bis 2014 sollen 80 Mrd. Euro eingespart werden! Das beschlossene Programm ist allerdings sozial völlig unausgewogen und ungerecht. Auf Hartz IV-EmpfängerInnen, Arbeitslose und junge Familien fällt der Sparhammer, Reiche und Banken bleiben weitgehend unangetastet.

Eine Anhebung des Spitzensteuersatzes für hohe Einkommen, der seit der Kohl-Regierung immer wieder gesenkt wurde? Fehlanzeige! Die Einführung einer Vermögenssteuer für Reiche? Fehlanzeige! Die finanzielle Beteiligung der Finanzmarktakteure an der Bewältigung der Krise z.B. durch eine Finanzmarkttransaktionssteuer? Fehlanzeige!

Die Banken dürfen sich stattdessen über eine lächerlich anmutende Mehrbelastung in Höhe von nur 6 Mrd. Euro freuen und selbst die ist nicht sicher. Die Bundesregierung erwägt schon gar nicht, die kürzlich in Kraft getretene Senkung der Mehrwertsteuer für Hoteliers zurückzunehmen. Dagegen will man allein 30 Mrd. Euro bei den EmpfängerInnen von Sozialleistungen (insbesondere Hartz IV) einsparen. Die Lasten der Krise werden so vorwiegend auf die Schultern der Armen und Normalverdiener geladen.

Im Windschatten der schwarz-gelben Bundesregierung hat nun auch der schwarz-grüne Senat in Hamburg die BürgerInnen auf drastische Kürzungen im städtischen Etat eingeschworen. So kündigte Bürgermeister von Beust, der bis vor kurzem noch die Auffassung vertreten hat, man könne sich aus der Krise nicht heraussparen, jetzt in einer Regierungserklärung Kürzungen im Betriebshaushalt von jährlich 500 Mio. Euro an.

100 Mio. Euro will man durch die Kürzung oder Abschaffung des Weihnachtsgeldes für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes einsparen. 100 Mio. Euro sollen durch eine effizientere Verwaltung (was immer das heißen mag!) reinkommen. Städtische Unternehmen will man zu Mehrabführungen von jährlich 50 Mio. Euro verpflichten. 250 Mio. Euro sollen von den Fachbehörden eingespart werden, ohne dass auch nur annähernd konkretisiert wird, was das im Einzelnen bedeutet. Außerdem will man einige Leuchtturmprojekte (Verlegung Universität an den Hafen, Horner Doppelrennbahn u.a.) ad acta legen und sich – immerhin – bei der schwarz-gelben Bundesregierung für die Erhöhung der Spitzensteuersätze einsetzen. Insgesamt: viel heiße Luft und wolkige Ankündigungen. Mit den anvisierten Kürzungen im Betriebshaushalt in Höhe von 500 Mio. Euro wird man allerdings eines nicht erreichen: die Sanierung der öffentlichen Finanzen.

Die Finanzlage der Stadt ist in der Tat dramatisch. Bis 2014 steigen die Schulden Hamburgs auf mindestens 36 Mrd. Euro. Im städtischen Haushalt (Betriebs- und Investitionshaushalt) klafft von 2010 bis 2014 ein jährliches Loch von 1,0 Mrd. Euro bis 1,7 Mrd. Euro pro Jahr. Bis 2013 soll das strukturelle Defizit mit Krediten bis zu 5,7 Mrd. Euro, mit Rückgriffen auf die Rücklagen (1,7 Mrd. Euro) und mit dem Verkauf des städtischen Eigentums in Höhe von bis zu 400 Mio. Euro ausgeglichen werden. Dann ist der schwarz-grüne Senat allerdings mit seinem finanzpolitischen Latein am Ende, weil keine Reserven mehr vorhanden sind. Das alles war dem Senat auch schon im letzten Herbst bekannt.

Jetzt aber vollzieht der schwarz-grüne Senat einen Kurswechsel hin zu einem weit dramatischeren Sparkurs, als das mit den im November vorgestellten "Konsolidierungspaket" von 1,15 Mrd. Euro (verteilt über 4 Jahre) beabsichtigt war. Klar ist, dass die Einsparung von 500-600 Mio. Euro jährlich im Betriebshaushalt nur über einen drastischen Personalabbau und über erhebliche Kürzungen in allen Bereichen mit erheblichen Folgen auf die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik möglich sein wird. Erneut – und noch sehr viel massiver als zwischen 2001 und 2005 ("Jesteburger Beschlüsse") – sollen die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wie auch die Mehrheit der BürgerInnen der Stadt die Zeche zahlen für eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, die vor allem die Interessen der Besserverdienenden und Vermögensbesitzer (Steuersenkungen, Rettung der HSH Nordbank, Leuchtturmprojekte) bedient.

Der Übergang zur Politik des Brüningschen Sparpolitik ist eine Bankrotterklärung und das Eingeständnis, dass der Senat keinen Plan besitzt, wie der Schuldenfalle zu entkommen ist. Wer sich weigert, die Vermögensbesitzer und Unternehmen durch höhere Steuern und einen effektiveren Steuervollzug stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen, dem bleibt angesichts der schwachen Konjunktur und der desaströsen Haushaltslage nur der Übergang zu einer perspektivlosen "Konsolidierungspolitik".

Die Vorstellung, man könne sich mit drastischen Gebührenerhöhungen und Beschneidungen der Leistungen für die BürgerInnen sowie mit einem drastischen Personalabbau bzw. mit Kürzungen bei den Einkommen der Beschäftigten aus der Krise herauskatapultieren, ist illusionär. So werden nur eine Beschädigung der Hamburger Wirtschaft, weiterhin sinkende Steuereinnahmen und die zunehmende soziale Spaltung erreicht.

DIE LINKE fordert zumindest eine neue Prioritätensetzung bei den Ausgaben. Im ersten Schritt müssen alle Investitionsvorhaben überprüft werden. Durch Umschichtungen würden sich dann Mittel freisetzen lassen für strukturpolitische Maßnahmen, um die Hamburger Wirtschaft zu einer solidarischen Dienstleistungsökonomie umzubauen. Durch einen solchen Umbau können die regionalen Wirtschaftskreisläufe gestärkt werden, was wiederum u.a. zu steigenden Steuereinnahmen führen würde.

Zweitens aber geht es um deutlich höhere Einnahmen für die öffentlichen Haushalte. Kurzfristig könnte Hamburg seine Kassenlage durch eine größere Effektivität des Steuervollzugs deutlich verbessern. Schon zu Beginn der aktuellen Legislaturperiode schlug DIE LINKE die Einstellung von zusätzlich 100 Steuerprüfern vor, um die Steuereinnahmen aus der Hamburger Wirtschaft und von den Reichen dieser Stadt zu erhöhen. Ein dauerhafter Ausweg aus der strukturellen Defizitsituation und damit aus der Schuldenfalle benötigt allerdings eine drastische Veränderung der Steuergesetzgebung auf der Bundesebene. Allein durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer könnten die Einnahmen der Stadt jährlich um mindestens 1 Mrd. Euro aufgestockt werden.

Strangulierung der Bezirke

Von der "Konsolidierungspolitik" des Senats sind auch die Bezirke massiv betroffen. Gemäß der Planungen vom vergangenen Herbst sollen die Bezirke bis 2014 mit einer Mischung aus Leistungskürzungen, Rationalisierungen, Verkäufen von

städtischen Grundstücken sowie Gebührenerhöhungen insgesamt 65,4 Mio. Euro zur "Haushaltssanierung" beitragen.

	2010	2011	2012	2013	2014	Gesamt
Mitte	1.377	2.046	2.718	2.952	3.444	12.537
Altona	1.014	1.508	2.002	2.175	2.537	9.236
Eimsbüttel 943		1.401	1.862	2.021	2.358	8.585
Nord	1.315	1.957	2.602	2.822	3.292	11.988
Wandsbek	1.220	1.815	2.412	2.617	3.053	11.117
Bergedorf	521	784	1.044	1.138	1.327	4.814
Harburg	778	1.158	1.542	1.680	1.960	7.118
	7.168	10.669	14.182	15.405	17.971	65.395

Hamburg **180.000 270.000 320.000 360.000 400.000 1.530.000**

Dabei überlässt der Senat nichts dem Zufall. Oberster Sparkommissar ist der Finanzsenator, der dafür sorgen soll, dass die Bezirke ihrer "Pflicht" nachkommen: *"Für die Jahre 2010/2011 wird es eine Koordinierung im Rahmen eines Controlling geben, um sicherzustellen, dass die Konsolidierungsbeiträge erbracht (...) werden."*

Da es sich bei diesem radikalen Konsolidierungsdiktat um einen massiven Eingriff in die ohnehin sehr bescheidene Finanzhoheit der Bezirke handelt, wird ein möglicher Widerstand gleich mit dem Verweis auf die Verfassung in die Schranken gewiesen: *"Da es sich beim Gesamtprozess der Konsolidierung nicht um eine den Bezirksämtern zur selbständigen Erledigung übertragene Aufgabe handelt, steht die Steuerung durch die Finanzbehörde im Einklang mit der Hamburgischen Verfassung."*

Außerdem will man die Zahl der Sozialen Dienstleistungszentren und der Zentren für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt reduzieren. Einsparung pro Zentrum: 100.000 Euro.

Im Einzelnen sind geplant (pro Jahr):

- Auslagerung von Aufgaben (Schornsteinfeger, Überwachung, Privatisierung der Umweltberatung) 1,1 Mio. Euro
- Verkauf von Grünflächen 0,1 Mio. Euro
- Verbesserte Steuerung (Finanzbuchhaltung, IT-Bereich) 1,1 Mio. Euro
- Erhöhung und Einführung von Gebühren
 - Gebührenerhöhungen+ neue Gebühren 4,9 Mio. Euro
 - Erhöhung Sondernutzungsgebühren 1,4 Mio. Euro
 - Baugebühren 3,1 Mio. Euro
- Vermehrte Buß- und Warnelder 0,8 Mio. Euro
- Kürzung von Zahlungen an Zuwendungsempfänger (aufsteigend) 0,1 Mio. Euro
- Senkung der Personalbudgets der Bezirke 0,2 Mio. Euro
- Benchmarking bei den Personalstückkosten 0,7 Mio. Euro

Diese Maßnahmen ergeben in der Summe einen Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 46,9 Mio. Euro bis 2014, der allerdings in erster Linie auf den offensichtlich von den Bezirken favorisierten Gebührenerhöhungen von 39,0 Mio. Euro beruht. Um die vom schwarz-gelben Sparkommissar insgesamt geforderten 65,4 Mio. Euro zu erbringen, müssen die Bezirke daher weitere Vorschläge in Höhe von 18,5 Mio. Euro machen – andernfalls drohen die Zwangsverwaltung und eine Mittelkürzung.

Die schwarz-grünen Konsolidierungsfanatiker fordern die Bezirke deshalb auf, endlich *ans Eingemachte* zu gehen. Sie sollen nun prüfen, ob zum Beispiel beim Personal Kosten gedrückt werden können. Kündigungen von Beschäftigungsverhältnissen, vorzeitige Pensionierungen und Verrentungen, die Ausgliederung von Arbeitsplätzen (Outsourcing) und Bewirtschaftungen von frei gewordenen Arbeitsplätzen, die nicht wieder besetzt werden, sind Maßnahmen, die zu einer Ausdünnung und Qualitätsminderung der öffentlichen Versorgung beitragen werden – in den bezirklichen Service-Centern, in Jugendzentren und anderen Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit oder im Jugendamt, um nur einige Beispiele zu nennen.

Die Wirkung dieser konzeptionslosen "Konsolidierungspolitik" ist

- erstens ökonomisch kontraproduktiv, weil die Kürzungen bei den Personal- und Sozialausgaben und die Gebührenerhöhungen die Einkommen der BürgerInnen schwächen,
- zweitens ein Beitrag zur Vertiefung der sozialen Spaltung, weil die öffentlichen Dienstleistungen abgebaut werden, auf die gerade die BürgerInnen mit einem schmalen Geldbeutel angewiesen sind, und
- drittens ein Beitrag zur weiteren Entdemokratisierung der Stadt, weil die Rechte der Bezirke massiv verletzt und sie zu Erfüllungsgehilfen einer falschen Senatspolitik degradiert werden. Das Versprechen des Senats, *"die Kompetenzen der Bezirksverwaltung und der Bezirksversammlungen zu stärken und (...) deren Verantwortlichkeiten zu stärken"* (Drucksache 2005/0747), war wohl nie mehr als eine leere Floskel.

Die autoritäre Entmachtung der Bezirke spielt auch an anderer Stelle der "Konsolidierungspolitik" des Senats eine gewichtige Rolle. So will Schwarz-Grün ab 2011 im "begrenzten Umfang" städtische Vermögenswerte mobilisieren, d.h. vor allem Grundstücke verkaufen. Zu diesem Zweck soll die undemokratische Praxis, über die Köpfe der Bevölkerung und z.T. auch über die der Bezirksversammlungen hinweg Bebauungspläne zu entwickeln, die schließlich per Evokation vom Senat durchgepeitscht werden, deutlich ausgeweitet werden.

DIE LINKE wird auch auf der Bezirksebene gemeinsam mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen gegen diese perspektivlose und sozial einseitige Sparpolitik Widerstand leisten. Statt der autoritären Entmachtung fordern wir eine größere politische und finanzielle Autonomie für die Bezirke. Dafür müssen auch die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, die durch Kürzungen oder Streichungen vor allem bei den "Leuchtturmprojekten" und durch eine andere Steuerpolitik aufgebracht werden können.

Die Linke.Altona - 01. Jul. 2010